LANDKREIS HAVELLAND

Schulentwicklungsplanung 2015/2016 - Kreis sucht das Gespräch mit den Kommunen

28.12.2011

Pressemitteilung 214/2011

Dieser Tage wurde der Entwurf der Schulentwicklungsplanung des Landkreises Havelland bis zum Schuljahr 2015/2016 fertig gestellt. Es ist geplant, ihn im Januar 2012 in den Ausschüssen zu diskutieren und im Februar im Kreistag zu beschließen.

Vorangegangen war das so genannte Benehmensverfahren. In diesem Verfahren hatten die Schulträger, benachbarte bzw. betroffene Landkreise und kreisfreie Städte, die Schulkonferenzen sowie der Kreisschulbeirat Gelegenheit, Stellungnahmen zum Entwurf abzugeben. Insgesamt 40 Stellungnahmen gingen bei der Kreisverwaltung Havelland ein und wurden ausgewertet. Überwiegend fand die Schulentwicklungsplanung dabei Zustimmung.

Im Ergebnis weist der Schulentwicklungsplan aus, dass alle öffentlich getragenen Schulen im Landkreis nach vorliegenden Erkenntnissen gesichert erscheinen. Bei den weiterführenden allgemein bildenden Schulen zeichnet sich jedoch ab, dass diese angesichts der prognostizierten Schülerzahlentwicklung und Zügigkeiten eine qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit nur unter hohem persönlichem Einsatz sichern können. Erschwert wird diese Planung noch durch die bevorstehende Inklusion, zu der bislang keine konkreten Aussagen über zukünftige Schülerzahlen oder geforderte Klassenstärken gemacht werden können.

Diese erkannten Probleme haben die Kreisverwaltung veranlasst, das Gespräch mit den Städten und Gemeinden aufzunehmen: "Wir werden in konstruktiven Dialogen mit den Bürgermeistern Wege erörtern, wie die weiterführenden Schulen entlastet werden können", so Landrat Dr. Burkhard Schröder. Das zu lösende Problem ist sehr komplex. Erst im Ergebnis dieser Gespräche sind Aussagen darüber möglich, wie sich die Zügigkeiten in den Schulen in der Zukunft entwickeln, wie die Standorte zur Sicherstellung eines qualitativ guten Bildungsangebotes ertüchtigt werden können bzw. wo, falls unvermeidbar, bestehende Kapazitäten erweitert werden müssen: "Wir wollen in diesen Fragestellungen bis zum Sommer 2012 im Benehmen mit den Bürgermeistern zu Entscheidungen kommen, um dann gemeinsam mit den Kommunen konkrete Maßnahmen vorbereiten zu können."

Zurück